

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint zweimal täglich, aus Montag aus. — Bezugspreis: Kasse monatlich 1.50 RM., vierteljährlich 4.50 RM., durch Träger a. ausd. Bezugspreis frei. Das Haus monatlich 1.75 RM., vierteljährlich 5.25 RM., durch die Post bezogen monatlich 1.85 RM., vierteljährlich 5.55 RM., ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Fernruf Nr. 2515, 2516, 2517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz: 1.25 RM. je Zeile; außerhalb 1.50 RM. je Zeile. Beleggeld 1.75 RM. je Zeile. Sonstige Beleggelde 6 RM. pro 1000.

Nummer 353

Samstag, 2. August 1919.

73. Jahrgang

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Der Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

Wz. London, 1. Aug. (Reuter.) Der amerikanische Senat begann in öffentlicher Sitzung die Verhandlung des Friedensvertrages. Als erster Redner trat Baruch auf und sprach die Ansicht aus, die Erklärung Wilsons bei der Vorlegung des Friedensvertrages, daß die Vereinigten Staaten keinen Anteil am dem Schandenergebnis haben wollten, gebe nur die Meinung des Präsidenten wieder und sei kein endgültiger Beschluß.

Aus Belgien.

Wz. Brüssel, 1. Aug. Die belgische Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat gestern den Friedensvertrag ratifiziert. Wz. Amsterdam, 1. Aug. Das Pressbüro Radio meldet, daß der König und die Königin von Belgien im Oktober als Gäste des Präsidenten Wilson Amerika besuchen werden.

Italien und die Ratifizierung.

Wz. Bern, 31. Juli. Innerhalb des Friedensauschusses der italienischen Kammer machen sich die verschiedensten Strömungen hinsichtlich der Behandlung des Friedensvertrages geltend, doch hat die Kommission ihren Vorsitzenden Lugazzi beauftragt, vorerst bei Rittis festzuhalten, ob eine schnelle Ratifizierung den Landesinteressen entspreche.

Postverbindung zwischen Frankreich und Deutschland.

Wz. Versailles, 1. Aug. Der „Matin“ berichtet, daß ab 1. August die Postverbindungen zwischen Frankreich und Deutschland für Geschäftsbriefe, Kataloge, Preislisten und Musterzeichnungen wieder aufgenommen wird; für die Privatkorrespondenz werden lediglich Postkarten zugelassen. Alle Sendungen können auch eingeschrieben befördert werden. — Aus der Notiz geht nicht hervor, ob sich diese Bestimmungen auch auf die Postverbindung von Deutschland nach Frankreich beziehen.

Der englisch-französische Vertrag.

Wz. London, 1. Aug. Am Oberhaus wurde gestern Abend die Zustimmung des Königs zu der Vorlage über den englisch-französischen Vertrag bekanntgegeben, wodurch die Vorlage Gesetz werde.

Amnezie in Frankreich.

Wz. Bern, 31. Juli. Nach dem „Progrès de Yvon“ hat der Kammerauschuss für Gesetzgebung einstimmig beschlossen, am dem Grundgesetz einer weitgehenden Amnezie festzuhalten.

Deutschlands Zahlungsverpflichtungen.

Wz. Paris, 31. Juli. (Havas.) Die Friedenskommission der Kammer hörte die Berichte von Kloy und Pouchet über die Wiedergutmachungen und die finanziellen Bedingungen an. Deutschland schuldet, so führte Kloy aus, mit den Kriegskosten zusammen über ein tausend Milliarden Franken. Da eine solche Schuld nur stufenweise mit einem Zuschlag von 5 Prozent abgetragen werden könne, ergäbe sich daraus, daß in einem Zeitraum von 75 Jahren nahezu 210 Milliarden abgezahlt werden könnten, um die Schuld zu begleichen. Die Mitglieder waren der Ansicht, daß die Fähigkeit Deutschlands nicht hinreichend, um eine solche Schuld abzutragen und sie daher gestundet werden müsse, wodurch aber die Frankreich zugekommene Summe gefährdet würde. Die Alliierten haben daher, mit Ausnahme für die Kriegskosten, Deutschland nur die Pflicht auferlegt, die Summe für die Pensionen, Unterhaltungen und Wiedergutmachungen auf sich zu nehmen. Was die Höhe dieser Summe betrifft, so könnte diese jetzt noch nicht festgelegt werden, sondern erst zum 21. Mai 1920. Guernier erläuterte die Finanzfrage Frankreichs in Bezug auf die Verbindlichkeiten Frankreichs mit den Vereinigten Staaten und machte bekannt, daß Verhandlungen im Gange seien, um die wirtschaftliche Solidarität der beiden Länder enger zu gestalten.

Anschluß Koburgs an Bayern.

Wz. Bamberg, 1. Aug. Zum Anschluß Koburgs an Bayern wird amtlich mitgeteilt: In letzter Zeit fanden wiederholt Besprechungen zwischen den Staatsregierungen Koburgs und Bayerns zwecks Anschluß Koburgs an Bayern statt. Es wurde Uebereinstimmung dahin erzielt, daß das Theater in Koburg erhalten bleibt, die Sammlungen in Form einer Stiftung weiter bestehen und die vorhandenen Schulen und Gerichte beibehalten werden. Außerdem verpflichtet sich Bayern zum Bau zweier kleinerer Bahnen. Zwischen Koburg, dessen Bewohner Franken sind, und Bayern bestanden seit längerer Zeit enge wirtschaftliche Beziehungen. Deshalb erklärten sich die Parteien des bayerischen Landtages bereit, dem Wunsch Koburgs auf Anschluß an Bayern zuzustimmen. Die endgültige Entscheidung wird nunmehr durch Volksabstimmung in Koburg getroffen.

Quousque tandem?

Die letzten, schon kurz erwähnten Äußerungen des Dr. Helfferich in der „Kreuzzeitung“, die einen Epilog zu den kürzlichsten Auseinandersetzungen in der Nationalversammlung darstellen, verdienen ausführlicher wiederzugeben zu werden. Dr. Helfferich schreibt:

Jetzt schon läßt sich feststellen: Die verhängnisvolle Entlastungsentscheidung, die Herr Erberner am Freitag in der Nationalversammlung versucht hat und die von seinen Getreuen als großer Sieg bejubelt und bekräftigt worden ist, hat ein klägliches Ende genommen. Die angeblich von militärischer und schwerindustrieller Seite verteilte Friedensmöglichkeit vom Spätsommer 1917 ist als Humbug und Betrug erwiesen. Der Kampf führt zu seinem Ausgangspunkt zurück: zu der wirklich verteilten und von Herrn Erberner verteilten Friedensmöglichkeit im Frühherbst 1917.

Die Aufgabe des Grafen Czernin steht dahin, daß Erberner seinen nur für die beiden Kaiser und den deutschen Reichskanzler bestimmten Immediatbericht vom April 1917 hinter dem Rücken und ohne Wissen des Grafen von einer „nichtverantwortlichen Seite“ erhalten hat, daß Herr Erberner den Bericht „nicht geheim hielt“, und daß durch das Vorgehen des Herrn Erberner der Anhalt des Berichtes zur Kenntnis unserer Feinde kam. Die „nicht verantwortliche Seite“ war der Kaiser Karl selbst, der wenige Wochen zuvor an seinen Schwager, den Prinzen von Parma, gleichfalls hinter dem Rücken seines Außenministers, seinen unverantwortlichen und verräterischen Brief geschrieben hatte. Herr Erberner machte also mit dem Kaiser Karl und seiner Gemahlin aus dem Hause Bourbon-Parma hinter dem Rücken der verantwortlichen Männer in Österreich-Ungarn und in Deutschland, wie ich vorrechnen hier schon feststellte, saboteurische Politik. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Ich habe schonend wie vielbelebend Graf Czernin. Die Folgen der Erbernerischen Verräterei und Inkonsequenz im Sinne seiner Auftraggeber, wie Graf Czernin bezeichnet, sind, waren verhängnisvoll: die Verführung der noch einig und jedenfalls letzten ernsthaften Friedensmöglichkeit, der unaufhaltsame Ausbruch des Krieges, der Erberner erlebte.

Um die Wahrheit ans Licht zu bringen, habe ich meinen Kampf gegen den Reichsverdrerber Erberner mit einer Schärfe geführt, die mir sonst widerstrebt, lediglich aus dem Zweck, ein gerichtliches Verfahren gegen mich zu erwirken und in diesem Verfahren durch eblische Bekundungen den Teilbehaupt in unantastbarer Weise festzustellen. Herr Erberner ist dem gerichtlichen Verfahren aus dem Wege gegangen. Er versteht es, zu leiden, ohne zu klagen! Jetzt ist die Sache weiter gediehen. Die Aussagen des Grafen Czernin und des Grafen Wedel ergeben den Teilbehaupt des Bundesvertrages, Oberrechtsanwalt und Reichsgericht haben Anhalt, sich ernsthaft mit dem Reichsgerichtshof zu befassen. Jedenfalls aber muß der Staatsgerichtshof, dessen Errichtung die schwarz-rote Mehrheit mit so viel Eifer bestritt, sich alsbald mit diesem Fall beschäftigen. Ich werde das Reichsgericht tun, um dies zu erwirken, indem ich wegen der in der Öffentlichkeit gegen mich erhobenen Anschuldigungen ein Verfahren beantragen werde.

Anwachen aber bringt uns jeder Tag Erberner-Wirtschaft moralisch, politisch und wirtschaftlich weiter in den Sumpf. Der Mann mit der ebernen Stirn scheint gelommen zu sein, unbeschadet der sich gegen ihn häufenden schweren Anklagen auf dem Wege des Reichsfinanzministers und stellvertretenden Reichsministerpräsidenten mit antebellumischen Räubern weiter zu führen. Und seine eckelne Mehrheit wird vielleicht trotz allem den Maueranschlag seiner „allgemeinen“ Rede beschließen.

Aber die Herren sollen sich nicht täuschen! Schon läßt von allen Seiten die Frage, die zum Orkan anschwellen wird: Quousque tandem, Catilina —?

Internationaler Sozialkongress.

Wz. Bern, 31. Juli. Der internationale Sozialistenkongress beginnt in Luzern am Samstag vormittag in Anwesenheit der Presse seine Arbeiten. Nach Mitteilungen des Sekretariats des Kongresses haben sich bis heute 25 Länder angemeldet. Bereits vertreten sind bis jetzt acht Länder, darunter England und durch Henderson und Ramsay MacDonald, Frankreich durch Grumbach, Deutschland durch Bernheim und Weiss, Schweden durch Engberg. Weitere Vertreter dieser Länder werden bis Samstag erwartet. Unter den abgelaufen angemeldeten Vertretern befinden sich Lennet und Sablin für Frankreich, Canova für Italien, Kreider für Rußland und Fritz Adler für Deutschland. Deutscherseits wird durch Vandervelde vertreten sein. Amerikanische Delegierte sind heute noch nicht angemeldet. Die Kongressarbeiten werden voraussichtlich erst am 15. August zu Ende gehen. Die Schweiz wird offiziell an dem Kongress nicht teilnehmen.

Wz. Basel, 31. Juli. (Schweiz. Depeschen-Agt.) In einem heute früh verteilten Flugblatt fordert das Volkskomitee der Gewerkschaften zu einem allgemeinen Streik heute mittags 12 Uhr auf. Heute versammelten sich die Gewerkschaften in ihrem Lokal, um endgültig Stellung zum Generalstreik zu nehmen. Die Regierung hat eine außerordentliche Sitzung einberufen.

Wz. Bern, 31. Juli. (Schweiz. Depeschen-Agt.) Auf das Geheiß der Basler Regierung hat der Bundesrat ein größeres Truppenkontingent aufbehalten.

Das Weißbuch.

II. *)

In einem Vortrag, den der Vertreter der Obersten Heeresleitung am 2. Oktober vormittags vor den Parteiführern des Reichstags hielt, kam auch in diesem größeren Kreis die drängende Lage scharf zum Ausdruck. Prinz Max von Baden kränzte sich aufs heftigste gegen die gewünschte Friedensaktion, weil sie in dieser Form und in diesem Augenblick einer militärischen Zwangslage die deutsche Situation für die Friedensverhandlungen offenbar sehr ungünstig gehalten würde. Am 2. Oktober hielt General Ludendorff um den Entwurf der Note. Der Prinz hält seine Bedenken aufrecht. Noch am 3. Oktober stellte er verschiedene Vorträge, darunter die Krage:

„Ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einstellung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebieten, namentlich Ost- und Ostpreußen und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen, führen kann?“

Am gleichen Tage übersendet Hindenburg, der in Berlin anwesend war, dem Reichskanzler nochmals schriftlich die Erklärung, daß die Oberste Heeresleitung auf ihrer Forderung der sofortigen Ablehnung des Friedensangebotes bestehen bleibe.

Nach eingehender Besprechung unter den Staatssekretären geht die Note unter diesem Druck der Obersten Heeresleitung in der Nacht zum 4. Oktober hinaus.

In der Zeit bis zum Eintreffen der Antwort erklärte der Reichskanzler am 6. Oktober nach dem vorliegenden Protokoll nochmals: „Ich habe gegen Note gekämpft, erstens weil ich Moment für verhängnisvoll hielt, zweitens weil ich an Reinde im allgemeinen mich wenden wollte. Jetzt müssen wir Konsequenzen in Ruhe überlegen. Jetzt muß Lage an der Front festgestellt werden, und zwar durch geeignete Offiziere. Armeeführer müssen gehört werden.“ Die Staatssekretäre äußerten sich in dem gleichen Sinne. Der Gedanke war offenbar, daß Ludendorff die militärische Lage auf Grund eines Aufnahmenschusses der Herren zu schlecht beurteilt haben könnte.

Es entstand nunmehr ein eigentümlicher Konflikt, der sich durch die ganzen weiteren schweren Verhandlungen vom 6. bis 26. Oktober hinzieht. General Ludendorff sah in der Befragung anderer Generale ein Mißtrauen und ließ für diesen Fall mit seinem Absicht rechnen, von dem die Heeresleitung eine Beschlusnahme des Aufnahmenschusses befürchtete. Der von Rathenau in der „Vossischen Zeitung“ veröffentlichte Plan einer leydre en masse wurde erörtert, aber fallen gelassen, weil die militärischen Stellen, insbesondere Ludendorff selbst, sich von ihm nichts versprachen.

Am 9. Oktober fand eine mündliche Verhandlung mit Ludendorff statt, in der dieser einen kurzen Rückblick über die ganze Kriegsgeschichte gab. In dieser Verhandlung erklärte Oberst Dene wiederum: Es wäre hazardiöser die Obersten Heeresleitung, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte. Es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten, es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Gestern hina es an einem Faden, ob Durchbruch gelang. Truppe hat keine Ruhe mehr. Unberechenbar, ob Truppe hält oder nicht. Jeden Tag neue Ueberraschungen. Ich fürchte nicht eine Katastrophe, sondern möchte Arme retten, damit wir während der Friedensverhandlungen sie noch als Druckmittel haben.

Der zuletzt angedeutete Gedanke wurde wiederholt von der Obersten Heeresleitung aufgenommen. Ludendorff vertrat den Standpunkt, daß Deutschland nicht anzuwenden sei, alle Forderungen anzunehmen, doch insbesondere eine etwaige Forderung auf Preisgabe deutscher Festungen abzulehnen werden könne, aber die Antworten auf die Krage, wie lange noch Widerstand geleistet werden könne, lauteten wechselnd und unsicher.

Die deutsche Erwiderung auf Wilsons Antwort

erging noch in vollem Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung. Die zweite Note des Präsidenten Wilson vom 15. Oktober wurde wesentlich scharf. Sie trennte zum erstenmal den Frieden vom Waffenstillstand. Deutscherseits erhielt eine besondere Antwort. Die Bestätigung über Note in Deutschland und namentlich ihre Wirkung auf das Meer war groß. Der Widerspruch reichte sich überall. Der Stolz häumte sich auf und die schwere Krage, ob man noch aushalten konnte. Denn die Offenbarung der schlechten Lage nach vierjähriger Behauptung des sicheren Sieges hatte im Ausland und im Inland ihre Wirkung getan. Das Verhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsregierung drehte sich. Die Oberste Heeresleitung fragte sich, ob die deutschen Waffen noch einmal in den Kampf bis zum letzten mitgehen würden oder ob die moralische Widerstandskraft dafür zu sehr erschöpft sei.

Staatssekretär Dr. Solf sah in diesen Reilen nicht nur einen Appell an das deutsche Volk, sondern zugleich eine Verleumdung der Verantwortung. Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber laßt man: Die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Verleumdung dürfte man nicht zulassen; sie würde schaden an den elenden Worten Ludendorffs, der mit dem Kriegsminister einta gewesen sei, daß eine leydre en masse nicht möglich ist.

(Schluß folgt).

*) Vergl. Nr. 352 der „Wiesbadener Zeitung“.

Die Rheinische Republik.

Wie das Wiesbadener Zentrumblatt, die „Rheinische Volkszeitung“, mitteilt, fand am 30. Juli d. J. in Radesheim eine harte befehlige Versammlung der Zentrumspartei im ehemaligen Bahlkreise Rheingau-St. Goarshausen-Meisenheim statt, die sich geschlossen auf den Boden der Rheinischen Republik stellte. Einstimmig wurde beschlossen, folgendes Telegramm an die Zentrumsfraktion in Weimar zu richten:

„Die heute in Radesheim am Rhein versammelten Vertrauensmänner der Zentrumspartei im Landtagswahlkreise Rheingau-St. Goarshausen-Meisenheim verlangen einstimmig, die beabsichtigte Sperrfrist in Artikel 18 zu verbinden und für sofortige Volksabstimmung einzutreten.“

Das genannte Zentrumblatt glaubt, im Anschluß hieran feststellen zu können, daß die Zentrumspartei in Radesheim einstimmig für die Rheinische Republik und sofortige Volksabstimmung eintrete. Es verleiht sich sodann zu folgenden Drohung: „Sie (die Rheinische Zentrumspartei) wird unumgänglich die Konsequenzen ziehen, falls die von ihr erwählten Vertreter für die Sperrfrist eintreten wollten.“

Das heißt doch nichts anderes, als daß sie die rheinischen Zentrumsparteien, die den Ruf haben sollten, an den Weimarer Verhandlungen teilzunehmen, nötigen wollen, ihre Mandate niederzulegen. Einweilen können wir noch nicht glauben, daß die Rheinische Zentrumspartei ihr Einverständnis mit dieser verwerflichen Drohung erklären wird, denn es läge darin ein Gewissensbisse, wie er unmoralischer im Verhältnis zum Wähler zum Abgeordneten nicht gedacht werden kann. Früher galt es für einen Abgeordneten als unehrenhaft, wenn er einem Mandat zuliebe dem imperativen Druck der Wähler, im Gegensatz zu seiner Überzeugung, nachgab. Ob die Verwirrung der Sitten und die Verhärtung des Charakters auch die Parlamentarier der Zentrumspartei angeht, hat sich in diesem Falle zeigen; vorausgesetzt natürlich, daß die von der „Rheinischen Volkszeitung“ ausgesprochene Drohung nicht ein Privatbündnis dieses in Bezug auf die Nation für die Rheinische Republik kenne. (S. 1. Aufl. 1919.)

Die Nationalversammlung hat gestern mit großer Mehrheit den Artikel 18 mit der zweijährigen Sperrfrist angenommen. Diese Mehrheit besteht aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. Ob die Rheinischen Zentrumsparteien nicht darunter waren, läßt sich aus dem bisher vorliegenden Bericht noch nicht erkennen.

Artikel 18 der Verfassung.

Das neue Kompromiß zur Neugestaltung der Bundesstaaten. Die Nationalversammlung hat gestern den Artikel 18, der die Neugestaltung der Bundesstaaten regelt, angenommen. Als Antrag lag ein neues Kompromiß vor, das zwischen Zentrum, Sozialdemokraten und Demokratie geschlossen worden ist. Die neue Fassung des Artikels wurde gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Der Artikel hat nun folgenden Wortlaut:

Die Gliederung des Reiches in Länder soll unter größtmöglicher Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Beschaffenheit des Landes dienen. Die Änderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches erfolgt durch verfassungsänderndes Reichsgesetz.

Stimmen die unmittelbar beteiligten Länder zu, so bedarf es nur eines einfachen Reichsgesetzes. Ein einfaches Reichsgesetz genügt ferner, wenn eines der beteiligten Länder nicht zustimmt, die Gebietsänderung oder Neubildung aber durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird, und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erfordert.

Der Willen der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes es verlangt.

Zum Beschluß eines Gebietsänderung sind 2/3 der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten, erforderlich. Auch wenn es sich nur um Abtrennung eines Teiles eines preussischen Regierungsbezirks eines bairischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirks handelt, ist der Wille der Bevölkerung des ganzen in Betracht kommenden Gebietes festzustellen. Wenn ein räumlicher Zusammenhang des abzutrennenden Gebietes mit dem Gesamtgebiet nicht besteht, kann auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes der Willen der Bevölkerung des abzutrennenden Gebietes als ausreichend erklärt werden.

Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz zur Beschlußfassung vorzulegen.

Entsteht bei der Vereinigung oder Abtrennung Streit

über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.

An den Uebereinstimmungen wird dann noch gesagt, daß die Bestimmungen des Artikels 18 Absatz 2 bis 5 erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten sollen.

Deutsche Nationalversammlung.

Am Regierungstische Bauer, Dr. David, Preuß. Volks-Dr. Bell, Präsident Fechenbach eröffnet die Sitzung um 9.50 Uhr.

Die Strafverfolgung gegen den Abg. Gaudorfer wegen Vergehens gegen den § 134 des Reichsgesetzes im Zusammenhang mit dem Paragraphen 1 der Bekanntmachung über die Regelung der Einfuhr vom 18. Januar 1917 wird genehmigt.

Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird mit Artikel 18 (Länder-Paragraphen) fortgesetzt.

Ulrich (Ztr.) glaubt, daß durch die von Löbe-Trübner-Heine vorgeschlagene Fassung des Art. 18 eine Grundlage in dieser Frage geschaffen werde, da insbesondere die bedrohten Gebiete, z. B. Oberschlesien, dadurch die Möglichkeit gewinnen, im Verbands des Deutschen Reiches zu bleiben. — Hofmann (Ztr.) erwartet eine Erklärung der preussischen Regierung, daß sie einem Zusammenschluß der rheinischen Staaten nichts in den Weg legt. — Dampf (D.-Nat.) tritt für die Bildung eines selbständigen Nieder-Rhein ein.

Graf Dohna (D.-Nat.): Die Fassung des Kompromisses ist sehr wenig durchsichtig. Die wichtige Frage, wer darüber zu entscheiden hat, ob ein Reichsinteresse vorliegt, ist vollkommen offen gelassen.

Dr. Philipp (D.-Nat.): Das Kompromiß ist der Vereinfachung des Reiches ungünstiger als die frühere Fassung. Preußen wird wohl zurücktreten, aber die Vereinigung Thüringens wird nicht besonders leicht gemacht. Wir werden den Artikel in seiner Gesamtheit ablehnen.

Koch-Kassel (Dem.): Wir erreichen das Ziel des Einheitsstaates dadurch, daß wir die Zuständigkeit des Reiches systematisch erweitern. Solange allerdings die süddeutschen Staaten Schwierigkeiten machen, können wir nicht allein von Preußen Entgegenkommen verlangen. Wir erwarten aber von Preußen, daß es mit der Autonomie seiner Provinzen vorangeht und auf diese Weise zur Annäherung an die süddeutschen Staaten kommt. Das Kompromiß ist eine Verbesserung und Klärung des Art. 18. Wir kennen kein anderes Ziel als das des Einheitsstaates.

Höring (Ztr.): Die Bewegung, die Oberschlesien zu einer selbständigen Republik machen will, wird nicht getragen von der großen Masse der Bevölkerung, sondern von einer Handvoll Kapitalisten, Industrieller und Großgrundbesitzer. In Oberschlesien weiß man ganz genau, welcher Schaden es für die arbeitende Klasse und den Mittelstand wäre, von Preußen losgelöst zu werden. Die Bevölkerung wird der Gefahr mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen wissen.

Preussischer Minister des Innern Seine:

Der eingebrachte Kompromißantrag ist kein Fortschritt gegen die Fassung der zweiten Lesung. Ich sehe mein Vertrauen in die Gewissenhaftigkeit der Reichsregierung, die nur da, wo ein überwiegendes Interesse des Reiches hervorritt, beantragen würde, gegen den Willen der Volksvertretung eines Landes zu verfahren. Nun zur oberrechtlichen Frage. Im Dezember lehnten die Oberländer eine selbständige Republik entschieden ab. Das Programm kann Oberländer weitgehendes Sonderrecht geben. Die preussische Regierung tut es, soweit es auf dem Verwaltungswege möglich ist. Dann ein neues Projekt: Oberschlesien muß selbständige Republik werden. Bei der allgemeinen Verwaltungsreform plante Preußen längst eine reichsautonome Autonomie der Provinzen. Für Oberschlesien haben wir dann sogar noch nach Rücksprache mit seinen Abgeordneten ein Stück Verwaltungsreform vorgeschlagen. Das war aber gewiss Herrnen noch immer nicht genug. Sie verlangten sofort eine selbständige Provinz oder einen selbständigen Staat, andernfalls würde es zur Abstimmung für Polen kommen. Das ist die Art, wie man immer mit Handarbeiten vor und hinter. Wenn man Preußen in ein Duzend kleine Republikken auflöst, so hinterreißt man das durch die Möglichkeit, einen einseitigen deutschen Verwaltungsreform auszubilden. Viele Einzelstaaten würden auch eine außerordentliche Vertiefung des Verwaltungssystems bedeuten. Das alte preussische Verwaltungssystem ist das Billigste, das es in der Welt gegeben hat. Sowohl, es läßt sich nicht bestritten, daß das demokratische Verwaltungssystem viel mehr Geld erfordert wird. Dafür hat es auch erhebliche Vorteile, da es die Möglichkeit zur Entwicklung der inneren Kräfte bietet. Aus der Stellungnahme Preußens zu den internationalen Plänen werden Sie erkennen, daß Preußen absolut loyal vorgehen will. Man soll nicht mehr in den Ereignissen von 1906 herumwühlen, weil damals Un-

recht geschehen ist. Es ist in der Welt viel Unrecht geschehen.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Ich freue mich, aus den Ausführungen meines Vorredners entnehmen zu können, daß der Vorschlag der Annahme des Kompromisses empfohlen hat. Auch ich erkläre in ihm die Erfüllung eines Ideals nicht. Es ist eben ein Kompromiß.

Der Kompromißantrag zu Art. 18 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Volksentscheid.

Es folgt die Beratung der zurückgekehrten Artikel 74 und 76 (Volksentscheidung zur Verfassungsänderung). Nach kurzer, unbedeutender Ausprache wird ein Antrag angenommen auf Einfügung eines Artikels 76a: Durch Volksentscheidung kann ein Beschluß des Reichstages nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Angenommen wird ferner ein Kompromißantrag, wonach im Artikel 76 bestimmt wird, daß, wenn auf Volksbegehren durch Volksentscheidung eine Verfassungsänderung beschlossen werde, dazu die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist. Endlich wird noch ein Antrag angenommen, wonach Artikel 76 einen Zusatz erhält: „Bei der Reichstag entgegengesetzten dem Einspruch des Reichspräsidenten eine Verfassungsänderung beschlossen, so darf der Reichspräsident dieses Gesetz nicht verkünden, wenn der Reichstag binnen zweier Wochen die Volksentscheidung verlangt.“

Darauf geht das Haus zum dritten Abschnitt der Grundrechte: Religion und Religionsgesellschaften (Art. 132 bis 138), über.

Unterstaatssekretär Schulz: Ueber Sinn und Tragweite der Verständigung der drei Parteien habe ich im Auftrage der Regierung und der Antragsteller folgendes zu erklären: Ueber den Grundgedanken des Artikels 143, wonach sich auf einer für alle gemeinsamen Grundsätze das mittlere und höhere Schulwesen organisch aufbauen soll, sind sich die drei Parteien einig. Ein nimmere von den drei Parteien beantragter neuer Absatz schafft demgegenüber die von dieser Norm abweichende Schulform. Als solche sind anzusehen die Volksschulen bestimmter religiöser Bekenntnisse und die rein weltlichen Schulen, in denen Religionsunterricht überhaupt nicht erteilt wird. Diese Schulen sollen innerhalb der Gemeinden errichtet werden können, unter der Voraussetzung: erstens eines ordnungsmäßigen Auftrags einer ausreichenden Zahl von Erziehungsberechtigten der Minderheit, und zweitens der Aufrechterhaltung eines geordneten Schulbetriebes. Der als Erziehungsberechtigte anzusehen ist, wie viele Schulen eingerichtet sind und in welcher organischen Form, das soll die Landesgesetzgebung nach Richtlinien regeln, die durch ein Reichsgesetz bestimmt sind. Im Artikel 146 soll nach unserem Antrag die Teilnahme an Religionsunterricht denjenigen überlassen werden, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.

Nach längerer Debatte wurde schließlich das Schulkompromiß angenommen, ebenso der Religionsartikel.

Ferner wurde ein Antrag auf Streichung des Artikels 164, der die Familien von ehemaligen deutschen Landesherren von der Wahl zum Reichspräsidenten ausschließt, in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 101 Stimmen angenommen.

Der Anstalt dieser sowie verschiedener anderer Abstimmungen veranlaßten den sozialdemokratischen Abgeordneten Loebe, im Namen seiner Partei eine Erklärung abzugeben, daß sie den Eindruck habe, als ob sich ein neues Sozialdemokratie stimmend bürgerlicher Mod abgebe, und daß dieses Abstimmungsresultat bei den Sozialdemokraten die schweren Bedenken gegen die Annahme der Verfassung erwecke. Sie könnten daher ihre Zustimmung zur Verfassung nur in dem Vertrauen darauf erteilen, daß die lebendige Entwicklung selber kein werde als die in entgegenstehenden papierenen Hindernisse.

Die Annahme.

In namentlicher Abstimmung wurde die Verfassungsvorlage in später Abendstunden unter lebhaftem Beifall des Hauses mit 292 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Zum Schluß eröffneten noch der Ministerpräsident Bauer, der Minister des Innern David und der Präsident Fechenbach das Wort, um der Verfassung in ihrer Geburtsstunde einige Worte zu widmen und den Dank der Regierung für die Arbeit der Nationalversammlung auszusprechen.

Während der Rede des Ministerpräsidenten wurde die schwarz-rote goldene Fahne der neuen Republik auf dem Nationaltheater gehißt. Schluß 9 Uhr. Nächste Sitzung Freitag.

Arbeitspause der Nationalversammlung.

Am Weimar, 31. Juli.

In den Beratungen der Nationalversammlung tritt am Freitag abend bis Donnerstag nächster Woche eine Pause ein. Die Kommissionen werden jedoch am Mittwoch früh wieder zusammentreten. Es ist dann in Aussicht genommen, bis zum 20. weiter zu tagen.

Das Glück von Edenhall.

Kriminal-Roman von Otfried Haukestein.

(15. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wir Detektivs haben durch unseren Beruf die Fähigkeit, aus kleinen Anhaltspunkten und einem ganzen Bergang zusammenzusetzen. Manchmal irren wir uns, meist aber treffen wir auf das Rechte. Ich kann mir ganz gut denken, wie die Sache kam. Dabiner recht jedenfalls ein kleiner Erpressungsversuch der Person. Sie hat wohl den Schmutz gesehen — vielleicht hat ihn ihr der Baron selbst gezeigt. Nun befah sie wohl allerhand Belästigendes, wie das so ist, und stellte die Bedingung, daß der Baron ihr den Schmutz überließe. Vielleicht drohte sie mit Entführung ihres Mannes oder ihrer Rechte gegenüber. Darauf lassen die Streitigkeiten zwischen den beiden schließen, und endlich seine Reise nach Hamburg, und die Freude der Tänzerin nach seinem Besuch. Er hat sich wohl in der Enge befunden, daß er, um die Zerstörung seiner Verlobung zu hindern, sich nicht anders zu helfen wußte, als indem er nachgab und ihr die Juwelen schenkte. Um den Auftrag seiner Mutter ausführen zu können, ließ er also das Duplikat ausfertigen, und da die Nachzahlung so allabendend gelang, daß auch Sie selbst nichts bemerken, wäre der Tausch vielleicht für lange Jahre unbemerkt geblieben, wenn nicht der Diebstahl jetzt die Sache zum Klappen gebracht hätte.

Wieder schwebte der Kommissar und ließ dem Grafen Zeit, seine Gedanken zu verarbeiten. Endlich stand dieser auf, und es schien, als habe er einen Entschluß gefaßt.

„Herr Kommissar, ich bin Ihnen in jedem Falle sehr dankbar für Ihre Ermittlungen und kann wohl nicht anders, als Ihnen beizuhelfen. Abgesehen davon, daß Daniel Müller seiner Bestrafung wegen des Diebstahls zugeführt werden muß, ist wohl denn die Angelegenheit wohl erledigt. Nur habe ich an Sie eine Bitte. Sie sind

durch die Lage der Dinge der Mitwisser einer Familienangelegenheit geworden, die sonst natürlich nie an die Öffentlichkeit gekommen wäre, und es ist selbstverständlich mein dringender Wunsch, daß sie auch jetzt ein Geheimnis zwischen uns bleibt. Der Baron hat natürlich im höchsten Grade schalkig gehandelt. Das einzige Richtige wäre gewesen, wenn er sich mir offen anvertraut hätte. Aber ich habe Entschuldigungsgründe für ihn. Er konnte mich noch so wenig, um zu wissen, wie weit ich imstande war, ihn zu verstehen. Ich kann mir denken, daß er in jenen Tagen unendlich gelitten hat, denn daran, daß er meine Rechte liebt, ist ebenwomöglich zu zweifeln, als daß er im Grunde ein rechtlicher Charakter ist. Schließlich kann jeder Mensch einmal straucheln und eigentlich hat er ja nur sich selbst betrogen und vielleicht seine künftige Gattin. Daß der Wert der Steine für mich nicht in das Gewicht fiel bei dieser Dummheit, wußte er nur zu gut. Ich weiß jetzt noch nicht, wie ich mich verhalte, und wie meine Rechte der ich natürlich davon Mitteilung machen muß, darüber denkt, aber das sind unsere Privatangelegenheiten. In jedem Falle möchte ich, schon im Interesse der beiden Familien, daß nichts an die Öffentlichkeit dringt. Ich werde noch heute an die Versicherungsgesellschaft schreiben, daß ich jeden Anspruch fallen lasse, somit ist niemand geschädigt. Ich bitte Sie, bei dem bevorstehenden Prozeß gegen Daniel Müller diese Sache unerwähnt zu lassen. Weintwegen mag das Gericht annehmen, daß wir alle wußten, daß in jenem Schranke unechte Juwelen waren.“

Die ganze Rede war dem alten Herrn fraglos peinlich, und der Kommissar fühlte es nur zu gut.

„Herr Graf, ich verstehe Ihre Empfindungen vollkommen, um so schmerzlicher ist es mir, daß das Gericht nicht in der Lage ist, Ihren Wunsch erfüllen zu können.“

Etwas schärfer erwiderte Wahlheim: „Und weshalb, wenn ich fragen darf? Ich denke doch, der einzige, der das Recht hätte, einen Strafantrag zu stellen, wäre ich im Namen meiner Rechte und wenn wir —“

„Ich bitte um Vergebung, aber der Strafantrag ist schon von zwei Seiten gestellt worden, und der Fall liegt anders, als der Herr Graf denkt.“ Der Graf schaute auf.

„Zunächst hat die Versicherungsgesellschaft bereits gestern Strafantrag gestellt. Sie wissen, diese Gesellschaften sind auch auf ihrer Hut, wenn es sich um die Auszahlung solcher Summen handelt. Der Rechtsanwalt der Gesellschaft hatte einen Privatdetektiv mit der Aufgabe beauftragt, den Mann zu finden, der die Juwelen gestohlen hat, und der Fall wäre vielleicht beigegeben, obgleich ich nicht weiß, wie der Herr Staatsanwalt darüber denkt. Aber es liegt noch ein zweiter Fall vor. Ein Geldverleiher, namens Siegmund Dirich, hat Anzeige wegen Betrugs gegen den Baron gestellt und die Voruntersuchung ist bereits eröffnet. Bisher der Mann so schnell von der Sache erfahren hat, weiß ich selbst nicht. Solche Leute haben ja überall ihre Agenten. Jedenfalls erschien er zu derselben Zeit auf dem Gericht und erstattete seine Anzeige.“

„Er gibt an, daß der Baron sich von ihm dreißigtausend Mark abgerufen hat, und zwar auf Grund jenes Schmutzes. Er verspricht, die Summe kurz nach seiner Rückkehr zurückzahlen, und da der Herr von der Verlobung mit der jungen Gräfin Woldemar Kenntnis hatte und die Vermögensverhältnisse des Herrn Grafen betrachten kann, ersandte er dem Baron sogar den Schmutz dem Herrn Grafen zur Aufbewahrung zu übergeben.“

Der Baron gab einen Schrei und sein Gesicht wurde weiß, und sandte dem Dirich nachher auch eine Verhaftung des Herrn Grafen, daß der Schmutz an Sie abgegeben sei.“

Nun ist er überzeugt, daß der Baron nachträglich die echten Brillanten mit den unechten vertauschte und da er bestimmt glaubt, daß der Herr Graf nach diesen Vorkommnissen die Verlobung aufheben werden, daß er in der ersten Erregung sofort die fragliche Anzeige erstattet.“ (Fortf.)

Biesbaden, 2. August.

Familienhilfe in Krankheitsfällen.

Bei den Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse herrscht anscheinend noch keine Klarheit darüber, wie die Familienhilfe bei der Kasse mit der mit Beginn des Jahres 1918 in Kraft getretenen Zahlung eingeführt ist resp. wie und unter welchen Voraussetzungen dieselbe geleistet wird. Dieses dürfte in der Hauptsache daraus zu erklären sein, daß in jener Zeit ein sehr großer Teil der Kassenmitglieder zu dem Heeresdienste einbezogen war und deren Frauen den Besanntmachungen des Kassenvorstandes hierüber wenig oder keine Aufmerksamkeit schenken. Raum 99 Prozent der in Betracht kommenden Mitglieder haben bis jetzt von der Pflicht zur Anmeldung zu dieser segensreichen Einrichtung der Kasse Gebrauch gemacht. Waren nun bis am 1. Januar 1918 die Beiträge für die Familienhilfe in dem Pflichtbeitrag enthalten, so werden von diesem Zeitpunkt ab Zusatzbeiträge und zwar monatlich 150 Mark erhoben. Ist ein Mitglied mit der Zahlung 2 Monate im Rückstande, so hat es keinen Anspruch auf Familienhilfe, jedoch steht der Anspruch durch Nachzahlung und nach einer Wartezeit wieder auf. Zur Zahlung sind alle diejenigen Mitglieder verpflichtet, welche ständig in häuslicher Gemeinschaft mit ihren Angehörigen leben. Voraussetzung hierbei ist, daß diese Angehörige ganz oder überwiegend von dem Arbeitsverdienst des Mitgliedes unterhalten werden, nicht selbst versichert sind und keinem Erwerb nachgehen.

Als Anachörte gelien: Der Eheatte oder die an Stelle der verstorbenen oder dauernd erkrankten Ehefrau den Haushalt des Mittelstandes führende Tochter, Mutter, Schwester oder Großmutter des Mittelstandes, bei unverheirateten mit kleinem Haushalt die denselben führende Mutter oder Schwester, Kinder und dauernd zur Familie gehörende Blutsverwandte unter 15 Jahren, ältere gänzlich und dauernd erwerbsunfähige Kinder.

Als Familienhilfe wird gewährt: Freie Behandlung durch Arznenräte, Arznenräräte und Dentisten. Sonderleistungen, die sich nach der Br. Gebihrsordnung auf 5 Mark und höher belaufen, sind ausgeschlossen. Mitleider, die nicht in einem Arznenratensitz wohnen, erhalten von der Kasse Zuschüsse zu den Arznenleistungen vergütet. Die von den Arznenräten um verordneten Arznen und kleinen Heilmittel, letztere bis zu 3 Mark, Zuschuß für Operationskosten und andere Heilmittel bis zum Betrage von 10 Mark. Zuschuß von täglich 75 Pfa. für Aufenthaltskosten; ebenso Zuschuß von 10 Mark für Entbindungskosten, sowie Verband- und Desinfektionsmittel an die Hebamme im Falle deren Niederkunft.

Am Falle des Todes von Ansehörden ein Sterbegeld: für den Ehegatten 10 Mark, für Kinder über 10 Jahren 7 Mark 2 bis 10 Jahren 5 Mark, unter 2 Jahren 3 Mark. Die Krankenhilfe wird für die Dauer der Krankheit, jedoch längstens für 13 Wochen, gewährt.

Um nun die bei der Kasse hierbei in Betracht kommenden Mitglieder festsetzen zu können, finden demnächst Erhebungen bei den Arbeitgebern statt und werden die Beiträge nach dieser Feststellung nachgehoben.

In der Frage der Vermögensabgabe, die in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag zu eingehender Aus-
sprache Anlaß bot, wurde auf Antrag des Stadtverordneten
Schärd der eine Entschliekung angenommen, die fol-
gendermaßen lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung
bittt die Durchführung der geplanten Vermögensabgabe für
sehr bedenklich und ersucht den Magistrat, im Verein mit
dem Deutschen Städteitag die geeigneten Schritte zu tun,
um dieser Gefahr zu begegnen.“ Die Entschliekung fand die
Zustimmung von 18 gegen 9 Stimmen.

Erleichterung der Briefpost. Aus Weimar wird uns gemeldet: Um den Bedürfnissen des Verkehrs soweit entgegenzukommen, wie es mit der Notwendigkeit, die Steuer nicht zu verhindern, vereinbar ist, hat der Reichsminister der Finanzen, entsprechend der kürzlich von ihm gegebenen Erlaube, die Postüberweisungsstellen anzuweisen, die gewöhnliche Briefpost künftig nur noch Stichprobenweise zu prüfen. Gewöhnliche Briefe nach dem Auslande können deshalb von jetzt an verpackt aufgegeben werden. Eingekaufte Briefe, Wertbriefe, Postanweisungen und Paketsendungen unterliegen nach wie vor der Prüfung. Es sind indes besondere Maßnahmen getroffen, um auch für diese Sendungen jede unnütze Verzögerungen zu vermeiden. Die Telegrammüberweisungsstellen sind anzuweisen, künftige Telegramme ohne Prüfung zu befördern. (mz.)

Die Kirche und die neue Zeit. Der Deutsche Volks-
bündnisbund der als Vereinigung der in den verschiedenen
deutschen Kirchengebieten im Past der letzten Monate ent-
standenen Volkskirchverbände bereits über 1 Million Mit-
glieder zählt, veranstaltet anfänglich des Anfangs September
d. J. in Dresden das Rättsinwesen Deutschen Kirchentages
seine erste öffentliche Bundesversammlung am Montag 1. Sept.
mit einer Abacordiertenversammlung und einer großen
Volksversammlung, auf der das Thema: „Die Kirche und
die neue Zeit“ behandelt werden soll.

Der Himmel im Monat August.

Als kaum sichtbares Stäubchen gelten,
Mag unsre Welt dem höhern Geist,
Indes ein ganzes Heer von Welten
In dem, was uns ein Stäubchen, freist."

Oben unsere Sonne und das Sonnensternem oder gar
als für uns sichtbare Universum ist unsere Erde ein Stäub-
chen und das Menschenstern ein Nichts. Aber auch das
kleinste Stäubchen, das sich der Wahrnehmung mit bloßem
Auge entzieht, ist wieder eine Welt für sich, und dieselben
Kräfte, die das Weltall beherrschen, finden wir auch im
allerkleinsten Stofflichen wirksam.

Der Wechsel der Jahreszeiten hat wiederum im Jahresschleife den Sommer heraufgeführt und der Sonne die Herrschaft verliehen, die Früchte der Erde zu reifen. Das Tagesgestirn tritt am 24. August aus dem Zeichen des Löwen in das der Jungfrau und bewegt sich incheinbar abwärtsgehender Richtung, was eine Verkürzung der Tage und Verlängerung der Nächte zur Folge hat. Der Tag nimmt im ganzen Monat August schon um 1 Std. 30 Min. ab, denn während er am 1. Aug. eine Länge von 15 Std. 42 Min. hat, dauert er am 31. nur noch 13 Std. 42 Min. Die scheinbare Entfernung der Sonne vom Himmelsäquator beträgt am 1. Aug. 18 Grad 14 Min. und am 31. nur 8 Grad 53 Min., sodas die Entfernung um 9 Grad 18 Min. abnimmt. Auch die Mittagshöhe der Sonne verringert sich um diesen Betrag, denn sie beträgt für Wiesbaden und Umgebung am 1. Aug. 68 Grad 9 Min., am 31. aber nur 6 Grad 31 Sec. Da die scheinbare Entfernung der Sonne vom Frühlingspunkt am 1. Aug. 8 Std. 42 Min., am 31. aber 10 Std. 35 Min. beträgt, so wendet das Tagesgestirn im August durch die Sternbilder Krebs und Löwe. — Die Sonnenentfernt hat seit dem Sonnenfleckenmaximum im August und September 1917 so merkwürdig nachgelassen, daß an

Standesamt-Nachrichten vom 1. August. Sterbefälle:
am 30. Juli Frau Kathilde Koller Wwe., geb. Dille, 71 J. Am
August Frau Theresia Jäger Wwe., geb. Dochnahl, 82 Jahre.

Kurbau, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Reizend. Theater. Heute Abend 7.30 Uhr gelangt neu einstudiert Franz Lebars herrliche Operette „Die lustige Witwe“ zur Aufführung, mit Hrl. Nachbau in der Titelrolle. In der männlichen Hauptrolle des Danilo passirt einer der besten Operettensänger der Jetztzeit, Herr Josef Christan vom Schumann-Theater in Frankfurt a. M. In weiteren Hauptrollen wird belächelt Emma Curs, Balencienne, Hans Derberg-Röhmels „Baron Beta“, Maxim Rossi „Rossion“, Edward Bäs „Alcous“, welcher auch für die Zwiellung zeichnet. Die musikalische Leitung liegt in Händen des neu angestellten Kapellmeisters Herrn Ludwig Lüdke. Sonntags Abend und Montag wird „Die lustige Witwe“ wiederholt. Sonntags Nachmittags 3 Uhr wird nochmals zu halben Preisen die beliebte Operette „Schwarzwaldmädel“ gegeben.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

h. Aus dem Rheingau, 1. August. Die Feld- und Hausdiebstähle mehren sich von Tag zu Tag. Letzte Nacht wurden in Dattenheim in der Schloßkerei Vorrath 10 schwere Fäsen, im Bingerlischen Hause 4 Fäsen, 6 Hühner und die ganze zum Trocknen aufgehängte Mähe gekohlen. Mehrere Acker in Eschrich, Dalkarten, Mittelheim und Wülfel sind nur noch zertropelte Pänder. Die Diebe scheuen sich nicht, die jungen noch unbrauchbaren Kartoffeln in Masse auszureißen. Ganze Pänder blühender Bohnen sind samt dem Kraut fortgeschafft worden. Meistens sind die Verkohlenen kleinere Leute, Beamte, die sich schwere Mähe machten, im Frühjahr pachtweise ein Stückchen Land zu erhalten.

* **Frankfurt, 31. Juli.** Lohnbewegung im Gasthausgewerbe. Der Kampf um die feste Entlohnung im Gasthausgewerbe mit Beseitigung des Trinkgeldes scheint neuerdings wieder in Frankfurt zu entbrennen. Der Zentralverband der Gastwirtschaften hat gestern den Arbeitgebern mitgeteilt, daß sie den am 1. April abgeschlossenen Lohnvertrag ab 1. August mit dreimonatlicher Frist kündigen. Gleichzeitig wird aber mit dieser Kündigung die Forderung verknüpft, daß mit Rückwirkung vom 1. Juli d. J. bis zum Inkrafttreten des neuen Lohnvertrags die bisherigen Sätze der Teuerungszulage um 50 Prozent erhöht werden sollen. Die Arbeitgeber wollen am Freitag vormittag in einer Versammlung in Groß-Frankfurt auf dieser Forderung Stellung nehmen, während die Geßlisen im gleichen Lokale am Samstag nachmittag über die Entschiedenheit der Arbeitgeber beraten.

* **Bad Nauheim, 1. August.** Neues zum Mord in Bad Nauheim. Durch den Gerichtschreiber wurde festgestellt, daß der bei dem Mörder gefundene Revolver Spuren frischer Benützung zeigte, und daß die Kugel in dem Patronen paßt, die der vermeintliche Täter im Besitz hatte. Die mikroskopische Untersuchung der übrigen in sehr schlechtem Zustand befindlichen Kleider des Verdächtigten ließ Blutspuren feststellen. Außerdem wurden blutige Fingerabdrücke auf einem bei ihm vorgefundenen Geldschein festgestellt. Es bestehen darnach kaum noch Zweifel, daß der Verhaftete der Täter gewesen ist. Anders verhält es sich allerdings mit dem Namen des Mörders. Die Nauheimer Polizei hatte von Anfang an Zweifel, ob der Verhaftete auch mit dem Leutnant Volkmar Bartels aus Berlin, dessen Papiere er bei sich hatte, identisch ist. Inzwischen wurde festgestellt, daß der Leutnant sich bei seinem Regiment befindet, und daß ihm der Paß und andere Legitimationspapiere abhanden gekommen sind. Wie nun der Täter heißt, ist noch nicht bekannt.

Sport.

Fußball. Die 1. und 2. Mannschaft des Wiesbadener Fußballvereins Germania W. führt am Sonntag den 3. August noch Viebrich zum Wettkampf gegen die gleichen Mannschaften des dortigen Fußballvereins von 1902. Das Spiel findet in Viebrich hinter der Riechschule statt. Treffpunkt 2. Mannschaft um 1 Uhr am Rondell, 1. Mannschaft um 2 Uhr am Rondell.

Vermischtes.

Todessturz eines Filmartisten. Der amerikanische Filmart Charles Scheuring ist bei der Aufnahme eines Films der Münchener Filmgesellschaft „Alma“, in der eine Verfolgung inszeniert wird, tödlich verunglückt. Scheuring, der bei verschiedenen halbreisigeren Aufnahmen schon mitwirkte und sich in der Deutschen Filmzeitung neuerdings als Todespringer hatte inserieren lassen, war die Aufgabe zugefallen, aus einem über dem Starnberger See freuzenden Flugzeug aus 60 Meter Höhe in die See zu springen. Als das Flugzeug erstmals über dem See kreuzte, warf der im Gefolge zwischen den Rädern sitzende Artill einen Stein ab, um dem Kinooperator die Stelle zu bezeichnen, an der er abspringen wollte. An der gleichen Stelle ließ sich Scheuring, nachdem er eine kurze Strecke baumelnd in der Ähler gehangen hatte, in die Tiefe fallen. Er überlebte sich einmal nach vorn, kam dann wieder in die richtige Körperlage mit den Füßen nach unten.

manchen Tagen die Sonnenscheibe fast stetenlos erheben, was deutlich auf ein Vorhanden eines Sonnenscheinmimums hinweist. Nur an wenigen Tagen waren nennenswerthe Objekte zu verzeichnen, so am 20. Mai, an welcher eine riesige Gruppe von über 130000 Kilometer Durchmesser vom Verfasser dieses Artikels beobachtet und gemessen wurde.

Der Mond zeigt im August einen klaren Phasenwechsel. Er tritt am 3. um 9 Uhr abends in das erste Viertel in der Waage. Am 4. um 4 Uhr nachmittags kommt er in demselben Sternbild in Erdferne. Am 7. um 2 Uhr nachts erreicht er seinen tiefsten Stand in seiner monatlichen Bahn im Skorpion mit einer scheinbaren Entfernung von 21 Grad 27 Min. südlich vom Äquator. Am 11. um 7 Uhr abends erscheint er als Vollmond der Sonne gegenüber im Steinbock. Vom 13. zum 14. nachts 12 Uhr überschreitet er den Äquator in aufsteigender Richtung in Wassermann. Am 18. um 6 Uhr morgens steht er in Erdnähe im Widder, und an demselben Tage um 5 Uhr nachmittags tritt er in das letzte Viertel auf der Grenze von Widder und Stier. Am 20. um 9 Uhr morgens erreicht er seinen höchsten Punkt in seiner Bahn im Stier und ist dann 12 Grad 20 Min. nördlich vom Äquator entfernt. Am Neumond steht er am 25. um 5 Uhr nachmittags bei der Sonne und geht dann mit ihr auf und unter. Am 27. um 1 Uhr nachts knüpft er den Äquator in absteigender Richtung im Löwen.

Von den Planeten ist Merkur in der zweiten Hälfte des Monats sichtbar, Ende desselben sogar eine halbe Stunde lang vom östlichen Morgenmüel vor Sonnenaufgang. Venus erscheint am 8. Aug. im größten Glanz, wird aber Mitte August unsichtbar. Sie ist anfangs reichlich und verschwindet in den Strahlen der Abendsonne. Mars erscheint am Morgenhimmel und ist 2 Stunden sichtbar in den Sternbildern Zwillinge und Krebs. Jupiter erscheint ebenfalls zu Ende des Monats am Morgen.

überflieg sich jedoch zu Ende des Sturzes nochmals, fiel mit Kopf und Brust flachend auf die Wasseroberfläche auf und verschwand in den Fluten. Einen Augenblick nur hatte es den Anschein, als sei der Körper nochmals aufgetaucht, dann kam er nicht mehr zum Vorschein; obwohl sofort Taucher aus Verflagingen und auch Motorboote die Stelle absuchten, konnte die Leiche Scheuring's nicht geborgen werden. Scheuring trug sich für die nächste Zeit mit der Absicht, neben verschiedenen Tauchfähigkeiten auch einen Vortrag von der Rinnender Eaderbrücke auf einen unter ihr durchfahrenden Zug zu wagen.

Die Minengefahr. Dem „Lof. Ana.“ wird aus Wilhelmshaven berichtet: Die Döringslogger „Ortrude“ und „Gerche“ sind auf eine Mine gelausen. Acht Personen sind ertrunken.

mr. Große Hitze in Nordamerika. Laut Amsterdamer „Allgemeinen Handelsblatt“ melden die „Times“ aus Newyork, daß die hitzigen Staaten von Nordamerika von einer furchtbaren Dürre heimgesucht sind. Die Durchschnittstemperatur betrage 109 Grad im Schatten. (In den Vereinigten Staaten gilt die Fahrenheit'sche Skala. 100 Grad Fahrenheit sind gleich etwa 31 Grad Reaumur oder 88 Grad Celsius.)

Volkswirtschaft.

Börsen und Banken.

Die Aufwärtsbewegung der fremden Wechselkurse hat wie gemeldet, die Berliner Börsentendenz am Donnerstag ungünstig beeinflusst. In Paris ist der Markkurs am 29. Juli bis auf 32,50 zurückgegangen; die letztgemeldete Kotha am 30. Juli lautet 33,75. Gegen die Bewertung der Mark vor einem Monat am 30. Juni (42,50) bedeutet das eine empfindliche Verschlechterung des Standes unserer Währung. Ueber die Ursachen dieses erneuten Rückfalls stehen die Ansichten auseinander. Von spekulativen Einwirkungen ist weniger die Rede; eher wird der fortschreitend zunehmende Bedarf an Deckung der Einfuhrverpflichtungen als die natürliche Veranlassung der Markbaisse angesehen. Bemerkenswert ist, daß parallel mit der Valutavererschlechterung dieses Mal der Notenumlauf bei der Reichsbank eine Verringerung zeigt. Annahmen bleibt aber, daß nach Abschluß der Verhandlungen über Anleihen in Amerika die Markbaisse wieder einer Erholung Platz machen wird.

New-Yorker Börse.

New-York.	30	all	V. K.	T. K.	V. K.	T. K.
Penn'a. R.R. field.....	bek.	5	Missouri Pacific comm..	37½	37½	
Field Ast. St. Paul.....	6	6	New-York Central.....	80	79	
Webs' Rerils.....			Norfolk & Western com.	105½	105	
Sithy-Bullion.....	107½	107	Northern Pacific comm.	94½	93½	
Ateh. Te. Santa Fe R.R.	90¼	100	Reading comm.....	88½	88	
Baltimore Ohio comm.	45¾	45½	Rock Island com.....	73½	73½	
Canada Pacific Shres	170½	170½	Southern Pacific.....	106½	105¾	
Chicago Milwaukee &			...do.... Railway com.	67	67	
St. Paul.....	48¾	48	...do.... do. pref.	30	29	
Den. & Milgrands com.	14	18½	Union Pacific.....	132	132	
Erie com.....	30½	30½	...do.... prefere			
Iowa & West'n.....			Washak pref.....	34½	34½	
Jillins Central Shires	100	107	Rothlehem Steel.....	84½	87½	
Louisvle & Nashville's	11½	113½	Anacoda Copper.....	7½	74½	
Miss. Kan. & Texas com.	14½	13½	General Electric.....	167½		
do. pref.....			Tin and States Steel com.	110½	110½	



Ortizon

Mundwasser-Kugeln

ein Ideal-Präparat, das frei von schädlichen Eigenschaften, keine desinfizierende Wirkung ausübt, den Mund sofort geruchsfrei macht, die Zähne allmählich weiß bleicht, Rauchgeschmack und alle üblen Gerüche beseitigt, ohne Zahnschmerz, Zahnfäule und Schleimhäute anzugreifen.

1 bis 2 Kugeln in einem halben Glase Wasser aufgelöst,
ergeben ein tadelloses erfrischendes Mundwasser von un-
erreichter Wirksamkeit.

Erhältlich in den einschlägigen Geschäften.

Doppelherrscher: Bernhard Großhans.
Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Großhans
für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und weltanschaulichen Teil
H. G. Eisenberger; für Stadt- und Landverordnungen, Gericht und
Sport: Felix Gorenz; für die Angelegen: Joh. Schütz
sämmlich in Wiesbaden.

himmel und in vor Sonnenaufgang 2 Stunden lang zu sehen. Saturn kommt am 20. August in scheinbare Sonnennähe und ist darum im ganzen Monat unsichtbar.

Im August werden auch die Sterne 2., 3. und 4. Größe wieder sichtbar, jedoch der nördliche Fichtenthron namentlich für hochgelegene Gegenden einen prächtigen Anblick bietet. In der Südgerade steht anfangs August um 10 Uhr, Mitte um 9 Uhr und Ende desselben um 8 Uhr abends tief im S. der Stern Alpha im Schützen und hoch fast im Scheitel, die Vega in der Vier. Im S.-O. treffen wir den Ekerplon mit Antares, Schlangenträger und Schlange, der Fuchs, nördliche Krone mit Gemma und Bootes mit Arktur. Im N.-O. finden wir den großen und kleinen Bären, und im N.-D. sehen Fuhrmann mit Kappa, Perseus mit Algol, Kassiopeia und Andromeda mit dem großen Nebel. Im S.-D. heissen Adler mit Atal, Schwan mit Fench, Pegasus, Wassermann und Steinbock.

Die Milchstraße liegt zum größten Theil auf der Südseite der Ekliptik und zieht von Norden nach Süden durch die Sternbilder Fuhrmann, Perseus, Kassiopeja, Schwan, Adler und Schafe.

Der Sternschnuppenschwarm der Perseiden der vom 8. bis 12. August aufzutreten pflegt, wird in diesem Jahre sehr unangünstig zu beobachten sein, da am August Vollmond ist, der die Helligkeit der einzelnen Meteore sehr beeinträchtigt. Der Ausstrahlungspunkt der Perseiden, d. h. der Punkt am Himmel, von welchem aus die einzelnen Sternschnuppen nach allen Himmelsrichtungen zu fliehen scheinen, liegt in der Nähe des Sterns Eta in Perseus und steht in den oben angegebenen Stunden schon etwa 30 Grad über dem nordöstlichen Horizont.

Wie die „Afr. Nachr.“ mittheilen, ist der am 9. Juni 1911 entdeckte neue Stern im Adler, wie aus spektroskopischen Untersuchungen hervorgeht, ein Doppels Stern gegenwärtig $6\frac{1}{2}$ Sterngrößen, der aus einem blaugrünen und einem goldgelben Stern besteht.

Nassauisches Landestheater.

Dem 11. Juli bis einschl. 20. August d. J. stellt das Theater Berlin halber geschlossen. Beginn der neuen Spielzeit: Sonntag, 31. August 1919.

Kurhaus Wiesbaden

Samstag, 2. August, Nachmittags 4-5½ Uhr:

Abonnements-Konzert ausgeführt von dem Residenz-Theater-Orchester verstärkt durch Musiker der Ortsgruppe Wiesbaden. Leitung: Herr Kapellmeister Paul Freudenberg.

1. Ouverture z. Op. „Tancréd“
2. Blumenmärchen Lange
3. Morgenblätter, Walzer
4. Ständchen, Walzer
5. Ouvert. z. Operette „Giroflé-Girofla“
6. Ave Maria Schubert
7. Potpourri aus der Operette „Der Bettelstudent“
8. Carmen-Marsch Beck

Ab 8 Uhr abends bei aufgehobenem Abonnement im Kurgarten: **Gartenfest.**

Konzert

des Wiesbadener Musik-Vereins. Leitung: Kammer-virtuose Herr Ernst Lindner.

1. Kyffhäuser-Marsch 2. Ouvert. z. „Leichte Kavallerie“ 3. Gebet
4. In lausiger Nacht, Walzer
5. Pilgerchor und Lied an den Abendstern aus „Tannhäuser“
6. Fant. a. d. Op. „Margarethe“
7. Hiawatha, ein Sommer-Idyll
8. Waffentanz, Air militaire
9. Was jeder singt, grosses Schlager-Potpourri
10. Mit Paradedraggen, Marsch.

9½ Uhr:
Feuerwerk.

Ob. Pädagogium
Godesberg a. Rh. und Herden a. d. Sieg
Gymnasium, Realgymnasium und
Hochschule mit Anstalt, Verwaltung.
Internat in 22 Familienhäusern.
Direktor: Prof. Dr. O. A. A. A.
in Godesberg a. Rh.
Der Unterricht wird in beiden Anstalten,
Godesberg im besondern, Herden im un-
gewöhnlichen, oder Ordnung be-
trachtet mit etwa 400 Schülern und 60 Lehrern und Erziehern.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg
Seit 1895: Abitur, Prima 7/8, Kl. erfolgt. Ueberleitung in
alle Gymnas. u. Real-Klassen. Familienheim.

Leibbinden
für alle vorkommenden Fälle fertigt nach Mass
P. A. Stoss Nachf.,
Tannusstrasse 2. Weibliche Bedienung.

Residenz-Theater.

Operetten-Gesellschaft. Direktor: Robert Kappeler.
Samstag, den 2. August 1919. Abends 7.30 Uhr.
Neu einstudiert! Die Inlinie Witwe. Neu einstudiert.
Operette in 3 Akten von Viktor von U. von Stein. Musik v. Franz Dezer.
Baron Mirko Jela, pensionierter General.
in Paris. Hans Herbert Wiegand
Balenciente, seine Frau. Emmy Gars
Graf Danilo Danilowitsch, Generaladjutant.
Kavallerie-Regiment i. R. Josef Christen a. d.
Ganna Glawert. Wilma Marbach
Camille de Rollen. Margit Hoff
Vicomte Laskada. H. W. Riecke
Marcel de St. Brice. Hermann Barnack
Bogdanowitsch, pensionierter Konjunkt. Ludwig Scherer
Eugenie, seine Frau. Mia Jacob
Kromow, pensionierter Generaladjutant. Esther Stein
Olga, seine Frau. Karl Hauke
Frischfisch, pensionierter Oberst in Pension. Rudolf Cuno
Grasnowa, seine Frau. Charlotte Hauke
Wigand, Konjunkt bei der pensionierten Generaladjutant. Eduard Böh
Dodo. Ben Hofst
Don-Juan. Karl Hauke
Herrn-Herrn. Mia Jacob
Elo-Glo. Paula Kersch
Margot. Mia Urban
(Orchestra) Eile John
Ein Diner. Albert Zimmermann
Ende 10 Uhr.

Badhaus Spiegel

Kranzplatz 10. (11)
Eigene Thermalquelle.
6 Thermalbäder Mk. 5.—
einschl. Wäsche, Trunkkur und
Einzel-Ruhezimmer.

Bilz
Sanatorium
Dresden-Radebeul
Voller Betrieb Dr. Dr. Dr. Dr.

Wassersüchtige!

Nur Hydrophil, antischwämmig
befunden, dringt garantiert
schmerzlos ein. An-
forderungen sind. Atem
wird leichter. Der runde Druck
im Rücken verliert sich. Preis
Ordn.-H. m. Umstellung Mk. 75.—
wird auf Bestellung anstandslos
Bittoria-Kochstelle. (1919)

Hansa Lloyd
WERKE AG
BREMEN
Hansa Lloyd
AUTOS
Lebenswagen
Lieferwagen
Ladungen
Omniwagen
Motorpflüge

Generalvertretung: W. Schmidt, Frankfurt a. M., Mainzer Landstrasse 281/85.
Vertreter: J. Chr. Glücklich, Wiesbaden, Wilhelmstrasse 56. [H431]

Tapezier- und
Polstermeister

der seit 32 Jahren sein Geschäft
in Strassburg i. El. betriebe
hat, und infolge der politischen
Umstände auszuweichen wurde,
sucht entweder ein bestehendes
Geschäft zu kaufen
oder sonstige geeignete Ver-
hältnisse. Zuverlässiger Charak-
ter und Geschäftserfahrung.
Ration kann gestellt werden.
Nähere Auskunft erteilt der
Verlag der Freiburger Zonen-
post in Freiburg i. Br. (1919)

Kartoffeltörbe

sowie Obstkörbe und sonstige
Körbe aus Weiden. Für
jede Industrie liefert stets zu
recht billigen Preisen die
altbekannte Firma
Peter Wiesner, Korb- und
Grob- und Kleinfabrik, Bernstr. 203.

Für die Einmachzeit

empfehlen wir als besonders preiswert:

Einfachapparate 22.50
mit Thermometer
Einfachgläser „Bormag Special“
dito „Monopol“
Gummiringe 15 und 18 Pfennig

Gelee- und Honiggläser
Steintöpfe (prima Ware)
Salz- und Papier
Dörrenorden
Fliegenschränke

Patent-Konservenglas-Öffner, sehr St. 2.50
praktisch.

Gießkannen — Platteisen
Speisefahrgelassen — Markttörbe

Stahlwaren — Emaille
Holzwaren (große Auswahl)

„Heinzelmännchen“-Kochlöffel
in jeder Größe

Auf Reise-Körbe
gewähren wir 10%

Bürstenwaren
sehr vorteilhaft

In der Lebensmittel-Abteilung frisch eingetroffen:

Reis per Pfd. 2.20 — Cacao gar. rein, per Pfd. 10.50 u. 12.—
Gerstenkaffee Pfd. 1.50 — Gebr. Kaffee reineschmeckend, per
Pfd. von 9.50 an — Grünkernmehl, lose, Pfd. 1.10 — Deutsches
Maismehl, lose, per Pfd. 2.70.

Muster-Schnittmuster.

Der Hauptkatalog und die Modeschriften „Die Dame“, „Dies Blatt
gehört der Hausfrau“, „Die praktische Berlinerin“ und „Die
Modewelt“ auf die wir Abonnements entgegen nehmen, liegen in unserer
Schnittmuster-Abteilung zur gef. Einsicht offen aus. Sämtliche Schnittmuster
zu obigen Modeschriften sind bei uns erhältlich.

Warenhaus Julius Bormag
G. m. b. H.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von Lebensmitteln am Samstag, 2. August 1919 in
den hiesigen Geschäften. Es entfallen auf jede Person mit Aus-
nahme der Selbstversorger: 250 Gr. Weizenmehl, 150 Gr.
Bohnenmehl, 125 Gr. Reis, 250 Gr. Erbsen, 50 Gr. Speisefett.
Die Lebensmittelkarten sind vorzulegen.

Sonnenberg, den 31. Juli 1919.

Der Bürgermeister, J. B. Wagner, Schriftf. (1919)

8-Zim.-Wohn.

in guter Lage, zur Pension sich
eignend, zu mieten gesucht. Off.
unter N. 328 a. d. Geschäfts-
b. Bl. Nikolaistraße 11. (1919)

Die früher in der Bärenstrasse von mir betriebene
Tuchhandlung habe ich

Kl. Burgstrasse 1¹. (Ecke gr. Burgstrasse)
neu eröffnet. Geschäftszeit 8-1 u. 3-6 Uhr. Fernspr. 3598.

Hch. Lugenbühl Nachfolger
Inhaber W. Denninghoff.

[4649]

Franz. Offizier

sucht per 1. September oder
1. Oktober eine möbl. Wohnung
mit Salon, 2 Schlafzimmern,
Wohnküche, Küche etc. Off. an
Herrn R. H. 323 a. d. Geschäfts-
b. Bl. Nikolaistraße 11. (1919)

Laden

in guter Verkehrslage, Kirch-
nasse evtl. Rangasse, zu mieten
gesucht. Preisangebots erwünscht.
Off. u. N. 323 a. d. Geschäfts-
b. Bl. Nikolaistraße 11. (1919)

Offene Stellen

Vertreter,
gut eingeführt, zum Verkauf
eines bewährten Zellstoff-
bindfadens und anderer
Artikel an allen Plätzen
gegen hohe Provision oder
feste Rechnung
gesucht.

Wilhelm Kaufmann
Textilwerke
Zentralverw. G.
Pirna 54.

Modes!

Tücht. 2. Arbeiterin
sofort gesucht. Anna Reimer,
Friedrichstraße 50. (1919)

Tücht. Jungfer

zu baldmöglichstem Eintritt ge-
sucht. Nur solche mit guten
Zeugnissen, gewandt in ver-
schiedensten Bedienung, Frisieren,
Dreharbeiten, Schneidern u. auf
Reisen wollen sich von 2-3 Uhr
vorstellen bei Frau Senig-
bers, Dumboldstr. 6. (1919)

Junges fleißiges
Mädchen

in H. rubigen Haushalt sofort
oder später gesucht. Albrecht-
straße 15, 1. St. (1919)

Gesucht für 15. August oder
später gefundenes flüchtiges
Alleinmädchen.

Mit Bezug, s. meld. Neudorf 20.

Stellengesuche

Fräulein

bisher bei alt. kranker Dame
tätig, sucht wieder pass. Stelle,
auch zu Kindern oder kleinen
Haushalt. A. Frommel, Ober-
stein a. N., Bahnhofstr. 36. (1919)

Geldmarkt

Gute sichere
Kapitalanlage

bietet stille Beteiligung an
flottem Geschäft. Gute
Verwaltung und Gewinnbetei-
ligung wird zugesichert. Deren,
welche 20 000 M. an Kapital zur
Verfügung haben, wollen Adr.
unter N. 321 in der Geschäfts-
b. Bl. Nikolaistraße 11. nieder-
legen. (1919)

Kauf-Gesuche

Perser
Teppich

zirca 3x4 Meter, neuen hohen
Preis zu kaufen gesucht. Wag-
mann, Saalstraße 26. (1919)

Getragene Herrenkleider

Bügel und Wäsche, kauft zu
höchsten Preisen. Rüdiger,
Bismarckstr. 35, 1. St. (1919)

Sonnenberg. — Bekanntmachung

Kontrollveranlassung.

Es ist wiederholt die Wahrnehmung gemacht worden, daß
die Kontrollveranlassungen verstanden, daß durch Familienangehörige
oder sonstige Personen zur Kontrolle werden zu lassen. Dies ist
durchaus unzulässig. Es wird streng darauf geachtet, daß nur
persönliche Meldungen der dem Kontrollveranlassungen be-
stimmten Personen als den Bestimmungen der Kontrollveranlassungen
sachgemäßes Zeugnis abgeben werden. Meldungen durch
andere Personen werden nicht angenommen und stehen die Mel-
dungen als nicht erschienen nach. (1919)

Sonnenberg, den 31. Juli 1919.

Der Bürgermeister, Wagner, Schriftf. (1919)